

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die Bogenpaltene. Petit-
zeile 4 Pfg.
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. s. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Unsere sozialpolitischen Forderungen

Die seit Jahren von der christlich-nationalen Arbeiterschaft und allen Freunden einer gesunden Sozialreform erhoben werden, sind bis heute unerfüllt geblieben, die wesentlichsten derselben harren noch immer der Erledigung. Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, Errichtung von Arbeitskammern, Sicherung des Koalitionsrechts, verbunden mit einer Reform des veralteten Vereins- und Versammlungsrechts, der lang und heiß ersehnte gesetzliche Maximalarbeitsstag, Ausbau der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze, das alles sind brennende Fragen, berechnete Forderungen der Arbeiter, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wie der Allgemeinheit der baldigen Erledigung bedürfen.

In den letzten Jahren ist die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine ins Stocken geraten, ja, man kann sagen, sie hat vollständig still gestanden. Eine allgemeine Enttäuschung und Unzufriedenheit in weiten Kreisen ist die Folge davon. Besonderen Grund zur Unzufriedenheit hat die christlich-nationale Arbeiterschaft.

Im Jahre 1903 fand in Frankfurt a. M. der erste christliche Arbeiterkongress statt, der von über 300 000 christlich-nationalen Arbeitern und Bedienten besucht war. Dieses Arbeiterparlament stellte bestimmte Forderungen an die Gesetzgebung. Eine Abordnung des Kongresses wurde vom Reichskanzler empfangen. Die Äußerungen des verantwortlichen Regierungsvertreters mußten die Hoffnung erwecken, daß wenigstens ein Teil der Forderungen des Frankfurter Kongresses ihre baldige Erfüllung finden würden. Bis heute ist jedoch noch keine derselben, auch nur teilweise erfüllt.

In der laufenden Woche trat der deutsche Reichstag wieder zusammen. Hoffentlich wird die vorstehende Tagung in sozialpolitischer Beziehung schätzbare sein, wie die vergangenen. Die Gesetzesvorlagen über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und Errichtung von Arbeitskammern, die schon verschiedentlich angekündigt wurden, müssen endlich einmal vorgelegt werden. In der Thronrede bei der Eröffnung des jetzigen Reichstages am 28. November 1905 heißt es wörtlich:

„Die Fortbildung der sozialen Gesetze bleibt eine der Hauptpflichten des Reiches auf Jahre hinaus und wird die Gesetzgebung mit der Vereinheitlichung des gesamten Arbeiterversicherungs-wesens und mit der Gestaltung der Witwen- und Waisenversicherung beschäftigen. Gegenwärtig wird Ihre Mitwirkung erbeten, um den gewerblichen Berufsvereinen den Erwerb der Rechtsfähigkeit zu erleichtern und die Möglichkeit freier Betätigung ihrer wirtschaftlichen Interessen innerhalb der durch das allgemeine Recht gegebenen Grenzen zu gewährleisten.“

„Heute nähern wir uns bereits dem Jahre 1907, bemerkt dazu die „Köln. Volksztg.“, das führende Zentrumsorgan, und die Vorlage betr. die Berufsvereine ist noch immer nicht eingebracht. Auf die christlich-nationalen Arbeiter muß das einen ganz eigentümlichen Eindruck machen. Diese Ankündigung ist aber nicht nur in der Thronrede erfolgt, schon vorher waren den Vertretern des Frankfurter Kongresses in dieser Beziehung die verbindlichsten Versprechungen gemacht worden. Hat denn die Regierung gar kein Empfinden dafür, daß ein solches Hinanzögern einer Angelegenheit, die seit langem spruchreif ist, die christlichen Arbeiter geradezu vor den Kopf stoßen

muß? Hat sie nicht die Einsicht, daß man auf diese Weise den der Sozialdemokratie noch nicht verfallenen Arbeiter ihre Stellung aufs äußerste erschweren? Oder glaubt etwa die Regierung, daß die Politik der Syndikate die Politik der Regierung sein müsse. Da dürfte sie der Reichstag bald eines anderen belehren!“

Und an einer anderen Stelle schreibt das- selbe Blatt:

„Es ist nicht gut möglich, nach allem was vorhergegangen — Reichstagsbeschlüsse, Versprechungen des Reichskanzlers an die Deputation des Frankfurter Kongresses der nationalen Arbeiterschaft, endlich Thronrede — diese Vorlagen noch einmal zurückzuhalten. Aber was scharfmacherische Kreise wünschen und anzustreben wagen, weiß man. Würden sie mit ihren Bestrebungen wiederum Erfolg haben, so würde man sich wohl im Reichstage sehr bald vor einfach unmögliche Verhältnisse gestellt sehen. Es wäre platterdings unmöglich, dem Reichstage weiterhin so große Leistungen anzutun und dabei die Wünsche und Beschlüsse des Reichstages zu ignorieren, auch diejenigen, deren Erfüllung bereits förmlich zugesagt ist. Man darf mit voller Bestimmtheit behaupten: ohne das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und das Gesetz über die Arbeitskammern ist ein glatter Verlauf der Session undenkbar. Darüber wird man sich in den Kreisen der Reichsregierung auch keinerlei Täuschung hingeben, und darum sind wir überzeugt, daß beide Vorlagen rechtzeitig vorgelegt werden.“

Auch aus dem evangelisch-konservativen Lager wird die Regierung an ihre Pflichten erinnert.

Das „Reichs-Verlin“ tritt mit allem Nachdruck für ein lebhafteres Tempo in der sozialpolitischen Gesetzgebung und für die Arbeiterforderungen ein. Ein sehr bemerkenswertes Wort läßt ebenfalls der konservative „Reichsbote“ vernehmen:

Wir leben, sagt das Blatt, in merkwürdigen Zeiten. Da habe sich unter vielen Mühen die christlich-nationale Arbeiterbewegung gebildet, eine Gemeinschaft arbeitender Menschen, die bewußt von der vaterlandslosen Sozialdemokratie sich fernhalte und auf dem Boden der bestehenden Staatsordnung, in Gottesfurcht und Königstreue, ihre Berufsinteressen vertreten wolle; schwer ringe sie gegen das koalitierte Unternehmertum und gegen die Sozialdemokratie um Anerkennung. Die Sozialdemokraten schimpften diese Leute Pfaffen- und Unternehmertum, weil sie den revolutionären Schwindel nicht mitmachten und Liebe zur Kirche und zum Königs-hause im Herzen trügen; die Großunternehmer hätten diese Arbeiter grimmiger als die Sozialdemokraten, weil sie ganz richtig in der christlichen eine Arbeiterbewegung erkannten, gegen die sie die gesamten bürgerlichen Parteien nicht würden mobil machen können. Wenn die christliche Arbeiterbewegung erst erstarkt sei, werde sie, infolge ihrer königstreuen, maßvollen Haltung, manches durchsetzen können, das bisher den Arbeitern nicht gewährt wurde, weil die Sozialdemokratie dahinter stand; deshalb seien gewissen Großunternehmern die Sozialdemokraten lieber als die christlich-nationalen Arbeiter. Lange habe man in Deutschland nur die revolutionäre sozialdem. Arbeiterbewegung gekannt.

Jetzt aber haben wir eine große, königstreue Arbeiterbewegung. Sie sollte im Interesse der Staatsordnung und der Stärkung der Königsgewalt sorgsam gepflegt werden; statt dessen aber läßt man

diese Männer — Jahr für Jahr vergebens auf die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine warten.“

Nicht nur allein auf die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, was nur ein Teil und gewiß nicht die wichtigste der Forderungen darstellt, sondern auf alle andern läßt man die Arbeiterschaft warten. Die Sozialdemokratie weiß Kapital daraus zu schlagen. Der „Vorwärts“, das rote Zentralorgan, verhöhnt die christliche Arbeiterschaft in Leitartikeln als Schutztruppen der Reaktion und heßt:

„Es ist eben ein Unsinn zu glauben, die Regierung werde freudigst die Forderungen der Arbeiter erfüllen, wenn sie nur mit geziemender Bescheidenheit und mit der Versicherung religiöser und nationaler Gesinnung erhoben würden. Die Regierung denkt in diesen Dingen nicht anders als das Unternehmertum über die Gewerkschaftsbewegung: auch diesem ist es einerlei, ob eine Forderung auf Lohn-erhöhung oder Arbeitszeitverkürzung von christlicher oder sozialdemokratischer Seite erhoben wird. Die Regierung ist das Werkzeug der herrschenden Gesellschaftsordnung, in deren Sinne und deren Interesse sie tätig ist, und wenn sie etwas für die Arbeiterklasse tut, so geschieht das nicht, weil sie von gutgeheimten Arbeitern bescheiden darum gebeten, sondern weil sie durch die Mächtigkeit auf die Macht des Klassenbewußten Proletariats dazu gezwungen wird.“

Das Liebeswerben des „Vorwärts“ wird zwar vergeblich sein. Die christliche Arbeiterschaft macht es bekanntlich nicht wie manche Scharfmacherkreise, die sofort mit der Umkämpfung ihrer monarchischen Gejüngung drohen, von „krachenden Thronen“ und ähnlichem reden, wenn ihren Wünschen nicht überall und sofort Rechnung getragen wird.

Aber eins darf doch die christliche Arbeiterschaft mit Recht und Nachdruck verlangen, daß die von autoritativer Seite gegebenen Versprechungen endlich einmal erfüllt werden, aber auch so erfüllt werden, daß die Arbeiter damit zufrieden sein können. Das gilt ganz besonders bei dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, das die Scharfmacher ja allzugerne zu einem Knebelungsgesetz für die Gewerkschaften gestalten möchten. Es wird sich hier zeigen, ob der Einfluß der großkapitalistischen Scharfmacher oder soziales Verständnis und Gerechtigkeitsempfinden in Regierungskreisen stärker ist.

In England haben die Arbeiterorganisationen diese Klippe jetzt glücklich umschifft. (Siehe Artikel: Ein parlamentarischer Erfolg der englischen Gewerkschaften). Wir hoffen bestimmt, daß der deutsche Reichstag nicht rückständiger und reaktionärer sein wird wie das englische Parlament, und die geheimen Pläne der Scharfmacher durchkreuzen wird. Lieber gar keine Rechtsfähigkeit, als die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften auch nur im geringsten erschweren.

Jetzt verlautet in der Presse, daß die Vorlage betr. Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ganz bestimmt dem Reichstag demnächst unterbreitet werden soll. Ueber den Inhalt derselben sichert durch, daß der Bundesrat die Frage der zivilrechtlichen Haftbarkeit schon bei der Beschlussfassung über den Entwurf im November vorigen Jahres ausgeschieden, jedoch also hier nur die allgemein rechtlichen Bestimmungen zur Anwendung gelangen würden. Auch sonst sollen keine „draconischen“ Bestimmungen in dem Entwurf vorhanden sein. Auf der anderen Seite würden aber die Vorteile des Entwurfs nicht so verlockend sein, daß nun anzunehmen wäre, sämtliche Arbeitervereine und Verbände würden das größte

Gewicht darauf legen, die Rechtsfähigkeit zu erwerben.

Die Andeutungen lassen allerdings schon tiefen, doch dürfte es vollständig verfrüht sein, vor Veröffentlichung des Entwurfs näher darauf einzugehen. Warten wir also ruhig ab, was zum Vorschein kommen wird.

Wir wollen jedoch kein Hehl daraus machen, und es besonders den arbeiterfreundlichen Parteien ins Gewissen rufen, daß mit dieser Vorlage, auch wenn sie Gesetz wird, die Kompottschüssel nicht voll sein darf. Neuerst wichtig und brennend ist die Frage des Maximalarbeitstages, den unsere gedrückten Hütten- und Walzwerksarbeiter schon lange ebenso notwendig gehabt hätten wie die ausgemergelten Arbeiterinnen in den verschiedenen Industriezweigen. Und ebenso notwendig ist, wenn der Arbeiterstand ein gleichberechtigter Stand im Staate sein soll, die Sicherung des Koalitionsrechtes mit einer Reform der Vereinsgesetzgebung. Die Ausnahmegesetzgebungen die hier noch immer gegen die Arbeiter vorhanden sind, waren schon längst überreif zum Fallen. Die reaktionären Einflüsse der Scharfmacher haben das Fallen der reifen Frucht bis heute zu verhindern gewußt. Wie lange noch?

Ja, wie lange noch? Diese Frage muß den christlichen Arbeitern immer mehr die Erkenntnis von der Notwendigkeit der politischen Betätigung beibringen. Das muß natürlich außerhalb unserer Gewerkschaften geschehen. Die nächste Zeit bietet Gelegenheit dazu. Im neugewählten Reichstag darf unser Verbandskollege Wiesberts nicht der einzige christlich-nationale Arbeitervertreter mehr sein. Darum auf die Schanzen! An die Arbeit!

Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine.

Die von den beteiligten Gesamt-Verbänden der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine in die Wege geleitete Aktion zwecks gegenseitiger Ueberführung der Mitglieder hat in der Presse die verschiedenartigste Würdigung gefunden. Soweit die sozialdemokratische Presse in Betracht kommt, hat dieselbe, ihrer Tradition getreu, nur in konfessioneller Verhegung von der Angelegenheit Notiz genommen.

Diese Taktik übt aber keine wesentliche Wirkung mehr aus; da gerade in den Bezirken, wo die Aktion vornehmlich einsetz muß, in Rheinland und Westfalen und Süddeutschland Dank der günstigen Entwicklung der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften, den Sozialdemokraten der Wind aus den Segeln nach dieser Richtung hin genommen wird.

Auch in Kreisen, welche den christlichen Gewerkschaften bisher angeblich sympathisch gegenüberstanden, hat der gemeinsame Aufruf der beteiligten Verbände angenehm berührt, weil man darin eine Aenderung der Haltung der christlichen Gewerkschaften zu den konfessionellen Arbeitervereinen erblicken will.

Die Ansicht, als ob die christlichen Gewerkschaften auf eine Verdrängung der konfessionellen Arbeitervereine hinarbeiteten, oder daß dieselben die Bedeutung der konfessionellen Vereine nicht genug würdigten, herrschten in manchen Kreisen, z. B. in geistlichen noch sehr oft vor.

Wie unrecht die Annahme war und wie wenig Ursache man gehabt hat, diese Vorurteile zu hegen, beweist doch die Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung, vor allem die Stellung ihrer Führer, die durchweg aus den konfessionellen Arbeitervereinen hervorgegangen und stets eifrige Beiräte derselben gewesen sind.

Die „Köln. Volksztg.“ hat vollkommen recht, wie sie in Nr. 927 einem rheinischen Blatte, welches ebenfalls den Aufruf als eine „Verständigung“ begrüßt hat, erwidert, daß von einer Verständigung durchaus nicht die Rede sein könne, da diese von vornherein bestanden hat.

Zum Beweise dafür braucht man nur die Protokolle der christlichen Gewerkschaftskongresse nachzuschlagen.

So sagte 1902 in München Gieseler-Freiburg in einem Vortrag über die Förderung der Geistesbildung der Arbeiter:

„Für die gewerkschaftlichen Organisationen kommt hier nur das wirtschaftliche Gebiet in Betracht und alles, was damit zusammenhängt;

den konfessionellen Vereinigungen bleibt das Gebiet der religiös-sittlichen Bildungsbestrebungen vorbehalten. Der Spielraum, oder besser gesagt das Arbeitsgebiet, ist für beide Teile ein weites, und es ist jedenfalls mit Freuden zu begrüßen, wenn mit edlem Wettstreit auf beiden Seiten an die Lösung der Aufgabe herantreten wird. (Prot. S. 94.)“

Auf demselben Kongreß betonte Arbeitersekretär Wiesberts, daß sich die Gewerkschaftler am Arbeitervereinsleben beteiligen sollten; er regte an, die Ortskartelle der Gewerkschaften sollten Anweisungen drucken lassen, in welchen die Gewerkschaftsmitglieder auf die konfessionellen Arbeitervereinigungen und deren Versammlungen und Unterrichtskurse aufmerksam gemacht würden. (Prot. S. 105.)

Auch auf dem folgenden Kongreß, 1904 in Essen, wurde auf die gegenseitige Ergänzung von Arbeiterverein und Gewerkschaft hingewiesen; namentlich war es hier der (evangelische) Arbeitersekretär Behrens, der, nachdem er festes Zusammenhalten der katholischen und evangelischen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften empfohlen hatte, auch an die konfessionellen Arbeitervereine erinnerte, welche dazu da seien, die Mitglieder religiös anzuregen und festzuhalten. (Prot. S. 11.)

Mit ganz besonderem Nachdruck wies auf dem diesjährigen Kongreß in Breslau der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Schiffer-Düsseldorf, den Vorwurf zurück, daß die christlichen Gewerkschaften Gegner der konfessionellen Arbeitervereine überhaupt seien. Er sagte:

„Ich halte es der Öffentlichkeit gegenüber für nötig, ausdrücklich auszusprechen, daß wir gar nicht daran denken, die konfessionellen Arbeitervereine auszuschalten zu wollen. (Beifall und Zustimmung.) Wer das behaupten wollte, der würde damit eine Unwahrheit und eine Verleumdung aussprechen. (Sehr richtig.) Die meisten von uns sind Mitglieder konfessioneller Arbeitervereine und haben in ihnen ihre Schulung genossen. Wir sind also durchaus Freunde der konfessionellen Arbeitervereine, und wir wollen mit ihnen Hand in Hand gehen, wo es sich um die Vertretung gemeinsamer Interessen handelt; andererseits halten wir selbstverständlich daran fest, daß rein gewerkschaftliche Fragen nur vor das Forum der Gewerkschaften gehören.“ (Beifall.)

Was andererseits die Stellungnahme der konfessionellen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften betrifft, so haben die katholischen west- und süddeutschen Verbände, die ja hier allein in Frage kommen, von Anfang an die christlichen (interkonfessionellen) Gewerkschaften ihrer Bedeutung entsprechend gewürdigt. So nahm bereits der Essener Delegiertentag der Arbeitervereine der Erzdiözese Köln (1898) eine Resolution an, in welcher die Vereine aufgefordert wurden, ihre Mitglieder zum Eintritt in die bereits bestehenden Berufsvereine zu bewegen und sie für die Tätigkeit innerhalb derselben zu schulen. Auch die, die sich anfänglich allerdings abwartend, teilweise fast feindselig verhielten, haben bereits seit einigen Jahren mehr und mehr eine freundliche Haltung gegenüber den christlichen Gewerkschaften eingenommen. Somit ist die „Verständigung“, die in dem jetzigen Aufruf zum Ausdruck kommt, durchaus nichts Neues, sondern die hierdurch eingeleitete gemeinsame Agitationsaktion bestätigt lediglich das freundschaftliche, auf gegenseitiger Anerkennung ihres Wirkungsbereiches beruhende Verhältnis, welches zwischen den großen Arbeiterverbänden seit Jahren besteht und mehr und mehr sich befestigt hat.

Die Aktion zwischen Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen wird zum größten Teile überall schon eingesetzt haben. Jetzt gilt es für die Mitglieder unseres christlichen Metallarbeiterverbandes durchgreifend und eingehend in der

Hausagitation

die auch besonders auf unserer diesjährigen Generalversammlung empfohlen wurde, zu arbeiten. Dieselbe darf sich nicht allein auf die Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine erstrecken, sondern auch gründlich auf den Kreis der Indifferenten. Bietet die jetzt geplante Aktion eine willkommene Gelegenheit dazu, so darf vor allen Dingen nicht vergessen werden, daß nicht auf halbem Wege stehen geblieben werden darf, sondern gründlich ganze

Arbeit gemacht wird. Wir sind überzeugt, daß gerade durch die Hausagitation noch recht viel Mitglieder für unsern Verband gewonnen werden können, die nicht durch die Kleinarbeit auf den Werkstätten, wohl aber durch die Einwirkung auf ihre Frauen durch die Hausagitation unserem Verband beitreten werden. Hier heißt es geschickt und tactisch vorgehen, nicht mit der Tür ins Haus fallen wie man zu sagen pflegt, sondern mit Schlich und Gewandtheit sich eine gute Einführung verschaffen und wenn der erste Ansturm nicht zum Ziele führen kann durch wiederholtes Anklopfen das Ziel zu erreichen. Nutzen daher unsere Mitglieder gerade in den ersten Wintermonaten, die sich zur Hausagitation besonders eignen, gründlich aus zum Wohle unseres Verbandes. Hier gilt für alle Mitglieder, nicht nur Vorstand und Vertrauensmänner, mit Idealismus an die Arbeit herantreten. Auch in denjenigen Orten, wo die gemeinschaftliche Aktion nicht stattfindet, zum Beispiel in den Bezirken des Berliner Verbandes, darf die Hausagitation in diesem Winter nicht ausbleiben.

Jedes einzelne Mitglied muß sich für die Weiterentwicklung unseres Verbandes verantwortlich fühlen. Wenn alle nur einigermassen ihre Pflichten tun, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Ein Blick in den Zukunftsstaat.

Unter dieser vielsagenden Ueberschrift hält der Redakteur Rehhäuser, der sich selbst laut dem Heimprotokoll als überzeugter Sozialdemokrat bezeichnet, im „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer eine vernichtende Abrechnung mit der Geschäftsleitung der Vorwärtsdruckerei wie mit allen Kadifalinskys der sozialdemokratischen Partei überhaupt. Der brüderliche Streit ist entstanden, weil die führenden Parteiorgane „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ und ihre getreue Nachbeter die Abmachungen des neuen Buchdrucker-tarifs in heftiger Weise angegriffen haben, getreu dem Parteiprinzip: Zum Teufel mit den Tarifverträgen, wenn sie dazu angetan sind, den halben Schritt des Proletariats aufzuhalten und die heutige Gesellschaftsordnung eine längere Galgenfrist gewährleisten. Das Buchdruckerorgan hat sich gegen die Hezereien wehren müssen und nun ist der brüderliche Strach unter den Genossen da.

Der Geschäftsleiter des Vorwärtsverlags, Reichstagsabg. Rich. Fischer und der Korrespondentredakteur Rehhäuser sind sich dabei persönlich gar gewaltig in die Haare geraten und tragen diese Bruderzwist nun zum Ergötzen aller Welt im eheleichen Meltingischen Sauherbenton aus. Dabei werden die Zustände im zukunftsstaatlichen Betrieb der Vorwärtsdruckerei unbarmherzig vor der Öffentlichkeit gezeigelt und gezeigt, wie Theorie und Praxis in der Sozialdemokratie aussieht. Der Korrespondent hatte, wie schon berichtet, zuerst folgendes geschrieben:

Keine Druckerei in Deutschland hat jemals eine so raffinierte Kontrolle über die Arbeit der Maschinensetzer ausgeübt, als gerade der „Vorwärts“. Es muß gesagt werden, daß in jedem bürgerlichen Geschäft eine Kontrolle über die Leistungen, wie sie im „Vorwärts“ geübt wurde, mit dem Streit beantwortet worden wäre.

Die Antwort des „Vorwärts“ fiel ziemlich hanebüchen aus und endete mit dem stolzen Satz in dem die Zurechtweisung eines guten Gewissens sich offenbart: „Die gegnerische Presse aber, die mit so schmackenden Behagen die Rehhäuser'schen Verleumdungen weiterverbreitet, fordern wir auf, uns auch nur einen ihrer Betriebe zu nennen, in denen ihre Arbeiter unter besseren Arbeitsbedingungen arbeiten, wie bei uns.“ Der Redakteur des Korrespondenten, Rehhäuser, nimmt sich daraufhin den Vorwärts in einem 10 Spalten langen Artikel vor und bringt dabei allerlei Niedlichkeiten ans Tageslicht. U. a. wird gesagt, daß aus den Reihen des Vorwärtspersonals selbst festgestellt worden ist, daß ein Antrieber- und Kontrollsystem im Vorwärts herrscht, und in einem Briefe von Paul Schliebs an Rehhäuser heißt es:

Ich könnte der Vorwärts-Druckerei ein wenig das Gedächtnis stärken, falls dies nicht etwa inzwischen durch ihre eigenen Maschinensetzer geschehen sein sollte. Die Sache verhält sich wie folgt: Als der Tarifausschuß im Jahre 1904 zu einer Beratung zusammentrat, nahm die Maschinensetzer-Vereinigung Veranlassung, durch den Mund der Schlichtervertreter ihrem allgemeinen Unwillen darüber Ausdruck zu geben, daß sich in dem Sekundärbetrieb eine Kontrolle breitgemacht habe, die nicht mehr zu ertragen sei. Dies geschah

seitens der Vorwärts-Druckerei unter Verweisung auf ein von der Vorwärts-Druckerei eingeführtes Kontrollbuch, das als das Non-plus-ultra einer Kontrollbuch bezeichnet wurde und von keiner zweiten Buchdruckerei in seiner fein ausgeführtesten Manier übertroffen sein sollte! Die Gehilfenvertreter erklärten seinerzeit übereinstimmend, daß eine solche Kontrolle geradezu skandalös sei, und daß der einzelne Seher täglich ein Stündchen brauche, wenn er gewissenhaft die ihm auferlegte Kontrolle beantworten sollte. Dieses Kontrollbuch lag dem Tarifausschusse vor; allerdings verschwiegen die Gehilfenvertreter aus Taktgefühl den Namen der Firma, die solche Kontrolle für zweckmäßig halte. Aber auch die Prinzipalvertreter erklärten einmütig ein solches Kontrollsystem für ganz unbehörig! Was also will die Vorwärts-Druckerei als eine ausgewachsene Pflanze zurückweisen? Hier gibt es nichts meggustreiten, sondern das, was Du behauptest hast, ist die volle Wahrheit!

Besonders nett liest sich, was ein Seher des Vorwärts mit Bezug auf eine Erklärung schreibt, die von den Maschinenfeuern des Vorwärts gegen die Mitteilung von einem Aufpassersystem beim Vorwärts erlassen wurde: „Die von uns Maschinenfeuern abgegebene Erklärung wird beeinträchtigt durch die nicht zu umgehende Parteidisziplin. Die Gegenerklärung Fischers ist ein Gelegenheitsprodukt, direkt unwahr.“ — Ueber den Leiter der Vorwärts-Druckerei, Rich. Fischer, läßt sich Rehgäuser u. a. folgendermaßen vernehmen:

Der alte originalen Unternehmerallüren überragende Fischer wird ja auch am besten gekennzeichnet durch die Art und Weise, wie er sich in „seinem“ Betriebe als Herr im Hause aufspielt. Ein Kollege im Vorwärts schreibt uns einige Aussprüche Fischers, wie er als Arbeiter den Vorwärts mit Arbeitern beliebt. Folgende Aussprüche Fischers lassen erkennen, daß das von ihmersonnene Arbeitssystem ihr zuzutrauen ist:

„Wir lassen uns nichts hineinreden in die Maßnahmen des Geschäfts!“

„Wer sich nicht füt, den lassen wir die Konsequenzen ziehen!“

„Ach was, persönliche Ehre des Arbeiters — —!“

„Die Organisation geht uns gar nichts an, wir haben unsere Instanzen!“

„Ich fühle mich nicht verpflichtet, auch nur einen Pfennig mehr zu bezahlen, als was gearbeitet wird!“

„Wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie gehen!“

Begreift man, daß aus Gehilfenkreisen im Vorwärts mir nach meinen Artikeln über den Renner Parteitage geschrieben wurde: „Für die von Dir unternommene „Szerierung“ unseres „hochverehrten“ Geschäftsführers Fischer Dank und Anerkennung. Die Arbeit wird überall, speziell bei uns im Vorwärts, mit großem Interesse verfolgt und ihr Anerkennung gezollt.“

Weiter veröffentlicht der „Korr.“ u. a. folgende Mitteilungen aus Seherkreisen, die die Freunde eines Arbeiters in der Vorwärts-Druckerei kennen gelernt haben:

Lassen Sie sich durch den Vorwärts-Artikel nicht föhren. Theorie und Praxis ist da zweierlei. Die Maschinenmeister erhalten schlechtes Papier und 2. 1000 Mark für guten Papierabschluß extra. Ja, Bauer, das ist ganz was andres.

Ein anderer schreibt:

Dem Stereotypen H. wurden 10 Mark pro Woche „abgeknüpft“, obgleich er schon 15 Jahre am Vorwärts tätig war, und wegen „Unfähigkeit“ in die Maschinenstereotypie versetzt. Notationsmaschinenmeister D. erhielt 8 Mark weniger und wurde ins Werk gestellt (10 Jahre am Vorwärts). Notationsobermeister Hellmann, 18 Jahre am Vorwärts, wurde wegen „Unfähigkeit“ gelündigt, erhielt aber trotzdem ein brillantes Zeugnis. Er ist im vorigen Jahre gestorben, war arbeitslos. Im Geschäft nannte man Fischer den . . . des Kollegen Hellmann.

Ferner zitiert der „Korr.“ eine Auslassung des „Zimmerer“-Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, welche lautet:

Wollte man alle Schwierigkeiten, die der Ausbreitung der Arbeiterbewegung von den bürgerlichen Gegnern in den Weg gelegt werden in die eine Wagchale werfen und in die andere Wagchale alle Hindernisse, die uns in unserem Kampfe aus dem Verhalten der eigenen Genossen erwachsen, die letztere Wagchale würde häufig tiefer sein.

Seine eigenen Gefühle brüht Herr Rehgäuser in folgenden Sätzen aus:

Daß ich den ganz besondern Haß jener Leute genieße, kann mir nur zur Ehre gereichen. Wenn man sich allen Aufwandes eines unachseuren

Apparates (man denke nur an die zahllosen Artikel in Parteizeitungen, wohin meine Erwiderungen nie dringen, an die Beschimpfungen auf Parteitagen, in Gewerkschaftskartellen usw.), trotz der Verheugung eines Teils meiner eigenen Kollegen immer und immer wieder nur ein negatives Resultat erzielt, so muß das Leute a la Fischer, Dr. Leusch und wie sie alle heißen meine „guten Freunde“ vor Wut bersten lassen. Würde ich dem Edel Folge geben, der das ausschließliche Gefühl ist, das mich einem gewissen Treiben in der Partei ich seit vielen Jahren beherrscht, wäre ich schon längst von meinem Posten zurückgetreten, aber gerade weil ich die Gefahren kenne, die meiner Organisation von jener Seite drohen, halte ich es für meine Pflicht, auszuhalten und Sieb auf Sieb zu variieren, so gut ich als einzelner dazu imstande bin. Sollten irrtümlicher Verblendung meine Kollegen in ihrer Mehrheit sich einmal auf die Seite der Fische und Konsorten stellen, dann erst wäre für mich die Notwendigkeit gegeben, von meinem aufreibenden und unanerkennbaren Posten zurückzutreten.

Von dem unter den streitbaren Genossen üblichen Ton geben folgende Liebenswürdigkeiten bereitetes Zeugnis: Nennt der „Vorwärts“ Rehgäuser einen „Kläffer“, so nennt dafür Rehgäuser den „Vorwärts“ eine „alte Bettel“; schallt es herüber „Renegat“ so schallt es zurück die Rede des „Vorwärts“ gleiche dem „Toben und Wüten eines prozigen Landjunkers“; nennt der „Vorwärts“ Rehgäuser einen Burschen, so nennt dafür Rehgäuser den Direktor des „Vorwärts“, Fischer, einen Buben, und bemerkt gegen ihn:

„Der Berliner Fischer hat mit mir noch eine alte Rechnung zu begleichen, weil ich ihm bezüglich seiner Gewerkschaftsfreundlichkeit nach Jena die Maske vom Gesicht gerissen und seinen nackten Unternehmerstandpunkt, der sich vergeblich in den zerstückelten Mantel des Revolutionarismus hüllen will, als das bezeichnete, was er ist. Wäre es im deutschen Buchdruckerverbande nicht so weit gekommen, daß man gegen das eigene Fleisch wütet und in jedem Schreier in der Parteipresse den auf die Stange gesteckten Gießerkopf erblickt, vor dem man seine tiefste Referenz zu machen hat, würde sich der Fischer schwer hüten, wie geschehen, im Tone einer alten Bettel meine Kollegen herauszufordern.“

Rehgäuser schließt seine Enthüllungen über die Praxis des sozialdemokratischen Hauptbetriebes mit folgenden Sätzen:

„Richard Fischer bleibt gerichtet als gewissen- und kruppelloser Ehrabschneider, der wider besseres Wissen die Unwahrheit gesagt hat. Mit der gegen mich losgelassenen bodenlosen Gemeinheit ist dieser Blick in den Zukunftsstaat nicht zu teuer bezahlt.“

Wahrlich, ein schöner Blick in den Zukunftsstaat! Manchem blinden Nachläufer und allen, die noch denken können, werden die Augen aufgehen. Ist es doch geradezu ein Hohn, daß solche Leute die Welt verbessern wollen.

Der Reichstagsabg. Fischer antwortet auf die Enthüllungen Rehgäusers in einem noch schlimmeren an Grobheit nicht mehr zu übertreffenden Sauberenton.

Er nennt Rehgäuser u. a. einen literarischen Bravo, dem jeder Lump gut genug sei, wenn er ihm nun Verleumdungsmaterial gegen die Vorwärts-Druckerei liefere. Dann heißt es weiter:

„Sogar die ältesten und wiederholt schon widerlegten Verleumdungen gegen die Vorwärts-Buchdruckerei setzt dieser Ehrenmann in seinen zehn Spalten wiederum zusammen, und dann stellt er sich noch verwundert und heult darüber, daß ich ihm ins Gesicht sage, was für ein politisch verlotterter und verwahrloster Bursche er ist. Bei diesem alten Mist kann er sich nicht mal auf seine würdigen Hintermänner herausspielen. So müht er sich vergebens ab, mich in einem Meer von Schimpfworten zu erschäufen; aber er ahnt, daß diese Notwellen nicht zu mir heraufreichen, und deshalb verlegt er sich auf die sentimentale Seite und jammert und beschwört die Verhandlungsmitglieder, doch daran zu denken, wie viel Unrecht er von der Partei habe dulden müssen; Ja, sogar zu dem Bekenntnis versteht er sich, zuzugestehen: „Daß die Arbeitsverhältnisse im Vorwärts besser sind als in den meisten bürgerlichen Betrieben, ist unbestritten. Das ist aber doch selbstverständlich.“ Diese Selbstverständlichkeit hindert ihn aber nicht, im selben Atemzug die ganzen nicht-

würdigen Verleumdungen vorzubringen, was beweist, daß man mit Rehgäuser nicht polemisieren kann. Ihn kann man nur züchtigen, wenn er gar zu frech wird, was ich mir zu tun gestattete. Im übrigen teile ich seine Meinung: Rehgäuser bleibt gerichtet als gewissen- und struppelloser Ehrabschneider, der wider besseres Wissen die Unwahrheit sagt.“

Das ist die brüderliche Tonart unter Genossen, die dereinst im Zukunftsstaat das Leben verfluchen und angenehm machen soll.

Die ganze widerliche Fehde hat jedoch einen prinzipiell bedeutungsvollen Hintergrund. Sie zeigt wieder deutlich, daß zwischen Sozialdemokratie und praktischer Gewerkschaftsarbeit ein klaffender Widerspruch gähnt. Eine Tarifpolitik wie sie der Buchdruckerverband betreibt, und das muß die Konsequenz jeder Berufsorganisation sein, läßt sich mit dem sozialdemokratischen Parteiprinzip nie und nimmer in Einklang bringen, ist dem roten Dogma direkt entgegen gesetzt. Rehgäuser, obgleich er noch immer Genosse sein will, muß es selbst offen eingestehen. In seiner Polemik gegen den „Vorwärts“ schreibt er wörtlich:

„Wiederum ist festgestellt, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, verantwortliche Gewerkschaftsarbeit mit der herrschenden radikalen Tendenz in der Sozialdemokratie in Einklang bringen zu können. Eine Tätigkeit, wie die dem Verbands der Deutschen Buchdrucker zugemessenen geschichtlichen Aufgaben sie erheischen, ist unter Zugrundelegung der heutigen Parteianschauungen eine glatte Unmöglichkeit. Wer Parteigenosse im Sinne des Vorwärts und der Leipziger Volkszeitung sein will, ist unfähig zu positivem Schaffen in der Gewerkschaft! Diese Tatsache kann man zwar verbunkeln, sie zeitweise ignorieren, aber nie beseitigen. Es wäre kindisch, anzunehmen, die Opposition in Parteikreisen gegen unseren neuen Tarif wäre ob seiner einzelnen Bestimmungen entstanden. Nein, denn die Angriffe aus der Partei auf un. econ. Verband und seine fraktische Tätigkeit sind immer vorhanden gewesen, und wenn ich heute meinen Posten niederlegen würde, müßte der neue Redakteur ebenfalls den Fußstapfen unserer organisatorischen und gewerblichen Entwicklung folgen. Für das Verdienst, mich befristigt zu haben, würden meine Kollegen höchstens die Bemerkung ernten: „Rehgäuser ist zwar befristigt, aber sein Geist ist geblieben.“ Die ganze Richtung paßt mir nicht“, dieses Wort Auers ist der Kern in der Ruff der parteipolitischen Hege gegen unseren neuen Tarif.“

Die deutsche Arbeiterschaft kann sich die Wahrheit dieser Gedanken nicht tief genug einprägen. Die Schlussfolgerung kann nur die sein: Weg mit einer solchen Bewegung, mit einer solchen Lehre, die im schroffen Gegensatz zu praktischen Gegenwartserfolgen steht! Die christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist hier die einzig richtige und erfolgversprechende. Auf Grund so vieler Vorkommnisse wie der ganzen fruchtlosen Tätigkeit im roten Lager rufen wir mit allen Einsichtigen: Gott behüte uns vor dem roten Zukunftsstaat!

Vom Kanonenkönigreich.

Als auf der Generalversammlung unseres Verbandes in Aachen der Vorsitzende unserer Essener Ortsgruppe, Kollege Hirtfelder, das sonderbare Verfahren des Herrn Reichstagsabgeordneten Otto Hue aufzählte, welcher anstatt der bedeutend schlechteren Verhältnisse der Metallarbeiter seines Wahlkreises vorwiegend die Verhältnisse der Essener Metallarbeiter berücksichtigte, glaubte der Herr Hue in seiner Erwähnung einen ganz besonderen Trumpf gegen denselben dadurch auszuspielen zu können, daß er hervorhob, Kollege Hirtfelder wäre vor noch nicht langer Zeit ein „mindestens ebenso radikaler Kritiker der Kruppischen Zustände wie der Vertreter des (roten) Metallarbeiterverbandes“ gewesen. Spassige Menschen! Als wenn man nicht Mißstände kritisieren und feststellen könne, und es doch an anderen Orten Zustände geben kann, die noch bedeutend schlechter sind, wie die kritisierten. Und diese bedeutend schlechteren Verhältnisse gingen eben den Herrn Hue sowohl als Reichstagsabgeordneten wie als praktischen Gewerkschaftler doch viel näher an. Jedoch das Unglück schreitet schnell. Heute können wir konstatieren, daß der große rote Metallarbeiterverband

der immer mit seinen 300 000 Mitgliedern prahlt, nicht nur eine bedeutende Verschlechterung der Lohnverhältnisse eines Teiles der Kruppschen Arbeiter widerspruchslos hinnimmt, sondern auch noch die einzige Kritik, die die Genossen an diesem Gewaltstreik der betreffenden Betriebsleitung geübt haben, (siehe auch letzte Nr. der roten Metallarbeiterzeitung), war einer Rede des — man höre und staune — christlichen Gewerkschaftssekretärs Hirtjeser entnommen. Der Sachverhalt ist folgender:

Bekanntlich haben die Arbeiter des Kanonenkönigreichs vor kurzem in der Person des nunmehrigen Herrn Krupp von Bohlen und Halbach einen neuen Chef erhalten, da dieser die Erbin des Riesenwerkes, Berta Krupp, ehelichte. Aus Anlaß dieses „Ereignisses“ erhielten die Arbeiter, die bis zu 5 Jahren beschäftigt waren, 5 Mk., diejenigen, die mehr wie 5 Jahre beschäftigt waren, 10 Mk. als Lohne. Am dem Tage, wo die Arbeiter durch Anschlag Kenntnis hiervon erhielten, wurde den Arbeitern der Zündfabrik der Firma eine andere „Überraschung“ zu teil. Ihnen wurde ebenfalls durch Anschlag mitgeteilt, daß die bisher gezahlte Vergütung von 10 Prozent für Wechselschicht — abgezogen worden sei. Dieser Abzug macht für den einzelnen Arbeiter im Jahre rund 180 Mk. Lohnausfall aus. Der Abzug war hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß bei den Bewegungen der Kruppschen Arbeiter im Frühjahr d. J. die Arbeiter der übrigen Betriebe ebenfalls diese Vergütung forderten, weil durch die Wechselschicht die Lebenshaltung erheblich verteuert wird. Anstatt nun den sozialpolitischen Fortschritt, den eine Betriebsleitung in einer glücklichen Stunde vor einem Jahrzehnt für ihre Arbeiter geschaffen hat, allgemein auf alle Arbeiter auszubehnen, geht die Weltfirma Krupp dazu über, um den übrigen Arbeitern ein Argument zu nehmen, den Fortschritt wieder rückgängig zu machen. Also nicht Fortschritt, sondern Rückschritt!

Und was tut nun der rote, mächtige (?) deutsche Metallarbeiterverband dazu, der in diesem Betriebe stark vertreten sein will? Man sollte doch meinen, daß hier, wo es sich für die Arbeiter um einen Schaden von 180 Mark jährlich und darüber handelt, um eine Vergütung, auf die die Arbeiter durch die jahrelange Zahlung derselben gewissermaßen ein Anrecht hatten, daß vier der große rote Metallarbeiterverband, der angeblich die Vertretung der Arbeiterinteressen in Erbpacht hat, einmal ganz energisch in Aktion getreten wäre! Aber er knickte zusammen wie ein Taschmesser und wählte auch diesmal wieder der Tapferkeit „besseren Teil“ — er schwieg, schwieg sich aus in allen Tonarten.

Samstags war der Anschlag gekommen, auf Dienstags abend hatten unsere Kollegen eine Betriebsbesprechung anberaumt, den Vertrauensmann des roten Verbandes frühzeitig, Samstags abends noch, benachrichtigt, — wer nicht kam, waren die Genossen.

Nachdem in der Versammlung Kollege Hirtjeser dies gebührend beleuchtet hatte, waren denn glücklich zu einer weiten Besprechung, die am darauf folgenden Montag stattfand, auch die Genossen erschienen und machten auch einen ihrer Kollegen namhaft, der mit vorstellig werden sollte, selbstverständlich nicht, ehe sie nach bekannter Spitzbubenmanier versucht hatten, dem unsererseits namhaft gemachten Kollegen zu unterschieben, er hätte nicht vorstellig werden wollen. Da den Herren aber nun seitens unserer Kollegen ganz energisch auf die Finger geklopft wurde, gab es auf diesem Wege kein Entrinnen.

Soweit war ja nun alles in Ordnung und am anderen Tage sollte die Geschichte losgehen. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Am Abend des folgenden Tages hielten die Genossen des großen roten Metallarbeiterverbandes ein geheimes Konventikel ab und das Resultat war ein verblüffendes. Dem Genossen, der Tags zuvor bestimmt wurde, mit vorstellig zu werden, soll mitgeteilt worden sein, wenn er vorstellig werden wolle, könne er es auf sein eigenes Risiko tun, vom Verband bekäme er keine Unterstützung. Angeblich wäre dies nach einem einstündigen Referate des Genossen Smoil in dem geheimen Konventikel einstimmig beschlossen worden. Es soll gesagt worden sein, der Verband habe dies Jahr schon 12 auf der Straße, den 13. wolle man sich nicht mehr maßregeln lassen.

Und da sage noch Einer, die Genossen vom roten Metallarbeiterverband hätten keinen Mut!

Hoffentlich ziehen die Kruppschen Arbeiter jetzt die Lehre aus dieser „Arbeitervertretung“ der Genossen und schließen sich dem christl.-soz. Metallarbeiterverband an.

Nichts, rein gar nichts haben die Genossen in dieser für die Arbeiter gewiß schwerwiegenden Verschlechterung der Lohnverhältnisse getan. Während sie sonst bei jedem kleinsten Vergehen irgend eines Angestellten lange Thränen in die Welt posaunen, beschränkt sich bei diesem Gewaltstreik der Betriebsleitung der Kruppschen Zündfabrik ihre ganze Tätigkeit auf die Wiedergabe einer Kritik des christlichen Gewerkschaftssekretärs Hirtjeser. Oder sind vielleicht die Zustände auf der Zündfabrik für die Genossen aus gewissen Gründen ein „Kräutchen Rühmichnichtan.“ Verschiedene Vorkommnisse dort, besonders in der letzten Zeit, lassen sehr wohl einen derartigen Schluß zu. Trotzdem sie immer vorgeben, dort stärker vertreten zu sein wie unser Verband, rühren sie keinen Finger. Na, auch die Arbeiter der Zündfabrik haben ja daraus teilweise bereits den richtigen Schluß gezogen.

Um nun aber doch zu zeigen, daß „man“ Mut hat, benutzte man eine andere Angelegenheit. Unlänglich der Vermählung des Fräulein Berta Krupp mit dem Herrn von Bohlen und Halbach hatte das junge Paar eine Million für die Invalidenklasse und die Mutter der Braut, Frau Margarete Krupp, der Stadt Essen 52ha. Land und eine Million Mark für Wohnungszwecke gestiftet. Ueber den Wert oder Unwert solcher Stiftungen haben wir ja bereits in der Nr. 44 unserer Zeitung ein Urteil der konservativen Allg. ev.-luth. Kirchenzeitung wiedergegeben, so daß sich ein Eingehen darauf heute wohl erübrigt. Wir stehen im Allgemeinen auf dem Standpunkt, daß wir derartige Wohlfahrten nicht grundsätzlich verwerfen, wenn sie nicht, wie dies leider in der Regel der Fall ist, den Hauptzweck haben, natürlich unausgesprochen, die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu behindern und sie anzuketten. Da es nun überall Leute gibt, die sich in empfehlende Erinnerung bringen müssen, so fanden sich auch bei diesem Anlaß einige, die flugs eine Versammlung einberiefen, um eine Dankadresse für die Millionenstiftung zu inaugurierten. Nach einem vergeblichen Versuch kamen dann glücklich am 1. November genügend zusammen und glaubten hierbei auch die Genossen ihr Licht leuchten lassen zu können. Mutig, wie sie immer sind, schickten sie einen der ihrigen in die Versammlung, der selbstverständlich mit dem nötigen Bruststone der Ueberzeugung eine gepfeiferte Philippika gegen alle Wohlfahrtereie hielt. Vorsichtig sind aber die Genossen auch und hatten sie sich wohlweislich einen ausgesucht, der schon Samstag vorher bei Krupp enuagien worden war. Daß der nun gerade noch etwas besonderes dabei zu „wagen“ hatte, wie die sozialdemokratische Dortmund Arbeiterzeitung schrieb, ist uns allerdings mit dem beschränkten Untertanenverstande nicht recht ersichtlich. Um den sonderbaren Mut, den die Genossen hier bewiesen hatten, (er war ihnen wohl mittlerweile selbst etwas schätzig vorgekommen), wieder auszugleichen, griffen sie wieder zu der liebgewonnenen Spitzbubenaktik und stempelten einen der Dankadressenarrangeure zum „Christlich organisierten.“ Tatsache ist nun, daß dieser Herr nur während der Bewegung im Frühjahr ein paar Wochen zahlendes Mitglied unseres Verbandes war, demselben jetzt aber schon seit einem halben Jahre nicht mehr angehört. Doch was tuis, ein paar Lügen mehr oder weniger, darauf kommt es den Genossen nicht an.

Wenn aber die rote Metallarbeiterzeitung in ihrer letzten Nr. aus dem schlechten Besuch der Dankadressenversammlungen glaubt schließen zu können, daß die Mehrzahl der Kruppschen Arbeiter zu den „Roten“ gegangen wäre, so dürfte ihr bei der kommenden Gewerbegerichtswahl in Essen darüber ein anderes Licht aufgesetzt werden. Wenn auch die Kruppschen Arbeiter in ihrer Mehrzahl nicht mehr bei jeder Millionenstiftung in Byzantinismus machen, wenn sie auch in richtiger Würdigung der Tatsachen heute die Wohlfahrt durch eine andere Brille betrachtet wie früher, so bedankt sie sich doch entschieden dafür, im roten Metallarbeiterverband der politischen Sozialdemokratie Handlangerdienste zu leisten. Die große Mehrheit der Essener Arbeiter sieht eben immer mehr ein, daß eine wirkliche und zielbewusste Vertretung ihrer Interessen nur in der

machtvoll erstarkenden christlich-nationalen Arbeiterbewegung möglich ist. An dieser Tatsache ändern auch alle Tiraden der Genossen nichts mehr. Die Zeit ist vorbei, wo man die Arbeiter durch allerhand Ammenmärchen vor den christlichen Gewerkschaften gruselig machen konnte. Auch die Essener Metallarbeiter bekunden dies dadurch, daß sie sich in immer größerer Anzahl dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband anschließen.

Nachklänge zum Kampf auf Rote Erde

Gemeine Fälschungen

müssen den fanatisierten Hirsch-Dunderschen Agitatoren schon in ihrem blindwütigen Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften dienen. Wir haben schon in voriger Nummer des Organs mitgeteilt, wie ein H.-D. Agitator in einer Versammlung in Nachen auf frischer Tat bei der Fälschung eines Zitats aus dem „Volkstreund“ entlarvt wurde. In derselben Weise wird in einem H.-D. Flugblatt, betitelt „Judas Ischariot“, das aus der Werkstatt des berühmten Strategen Erkelenz stammt, die Wahrheit ins Gegenteil umgefälscht. Hier wird eine angebliche Aeußerung des Kollegen Klost-Essen an einer Versammlung in Nachen zitiert, aber wie das H.-D. Flugblatt zitiert nach dem „Echo der Gegenwart“ folgendes:

„Der Streik auf Rote Erde wurde vom Gewerkschaftsverein eingeleitet, um Mitglieder zu fangen. Er war aber eine furchtbare Blamage. Gar nicht ist erreicht worden. Aber weil die deutschen Gewerkschaften den Kampf begannen, durften die Christlichen nicht zurückstehen, um jenen nicht billiges Agitationsmaterial an Hand zu geben.“

Die betr. Stelle im Bericht des „Echo der Gegenwart“ lautet aber folgendermaßen:

„Der Streik auf Rote Erde war eine furchtbare Blamage. Gar nichts ist erreicht worden. Was Hr. Junker anführt, war bereits am 2. August von der Direktion zugestanden, ehe der Streik überhaupt ausgebrochen war. Meiner Ansicht nach war der Streik bereits verloren, bevor er angefangen. Aber weil die Hirsch-Dunderschen trotzdem so gewissenlos waren, durften die Christlichen nicht zurückstehen, um jenen nicht billiges Agitationsmaterial in die Hand zu geben.“

Dann bringt das H.-D. Flugblatt ein weiteres Fälscherkunststück fertig. Es reißt einen Satz aus dem Zusammenhang eines Artikels der „Köln. Volksztg.“, verstümmelt ihn auch noch, um ihn desto besser gegen den christl. Verband auszuschlachten zu können. Im Anschluß an obiges Zitat aus dem „Echo der Gegenwart“ hatte die „Köln. Volksztg.“ geschrieben:

Vorläufig möchten wir noch bezweifeln, daß die Aeußerung wirklich so gelautet hat, wie sie hier wiedergegeben ist, daß also der Arbeitersekretär mit nachden Worten erklärt habe, die christliche Organisation hätte an einem von vornherein als verfehlt erkannten Streik teilnehmen müssen, nur um nicht hinter einer anderen Organisation „zurückzustehen“, und dieser „billiges Agitationsmaterial in die Hand zu geben.“

Ein solches Verhalten würde nicht nur den Grundsätzen einer christlichen Gewerkschaft zuwiderlaufen, sondern auch mit der Praxis, wie sie von den christlichen Organisationen nach unseren Beobachtungen bisher im allgemeinen geübt wurde, nicht im Einklang stehen.

Der H.-D. Zitierrünstler bringt es fertig, folgendes daraus zu machen:

„Von dem (christl. Verband) selbst das Zentrumorgan, die Kölnische Volkszeitung in ihrer Nr. 931 sagt:

„Ein solches Verhalten würde nicht nur den Grundsätzen einer christlichen Gewerkschaft zuwiderlaufen, sondern auch mit (deren) Praxis nicht im Einklang stehen.“

Den ersten Teil der Ausführungen der Köln. Volksztg. und den gesperrten Satz hat der H.-D. Fälscher unterschlagen.

Gewiss auch die Nichtigstellung, die Kollege Klost in der „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht hat. Denn wie die Köln. Volksztg. schon vermutet hatte, war es, die Aeußerungen Klost's waren unzutreffend und entstellte wiedergegeben. Weil auch die sozial-

demokratische und Scharfmacherpresse diese Sache auszuschlachten versuchen, lassen wir die Berichtigung im Wortlaut folgen: Kollege Klost schreibt in der „Köln. Volksztg.“ Nr. 940:

„Die Wiederaufnahme meiner Ausführungen über den Streik auf Note Erde in dem Zeitungsbericht ist, wie die Köln. Volksztg. richtig vermutet, in dem wichtigsten Punkte nicht ganz zutreffend bzw. unvollständig. Nachdem ich den Misserfolg des Ausstandes zum größten Teil auf die Unfähigkeit des örtlichen Führers des Hirsch-Duncker'schen Gewerkschafts zurückgeführt hatte, habe ich ausdrücklich hinzugesagt: Ehe ein Streik begonnen werden dürfte, müßten alle Voraussetzungen vorher erfüllt sein. Selbst wenn die Forderungen noch so gerecht seien, aber die Führer nach Lage der Sache den Ausgang für zweifelhaft oder die Bewegung für aussichtslos hielten, hätten sie die Pflicht, die Arbeiter von einem Streik abzuhalten. Dazu hielten sich die christlichen Gewerkschaftsführer für verpflichtet und handelten danach. Beim Streik auf Note Erde aber habe, wie sich nachträglich herausgestellt hat, der örtliche Führer des Hirsch-Duncker'schen Gewerkschafts diese Pflicht nicht erfüllt. Meine Ansichten über den Streik decken sich völlig mit den grundsätzlichen Bemerkungen des Artikels in Nr. 931 der Köln. Volksztg. und es ist daher völlig ausgeschlossen, daß ich die Redewendung: „weil die Hirsch-Duncker'schen so gewissenlos waren, durften die Christlichen nicht zurückziehen“ ufm. gebraucht habe.“

Nach dieser klaren Erklärung des Kollegen Klost kann nur noch ein Fälscher oder Verleumder die Sache gegen den christlichen Verband, resp. seine Führer auszuschlachten versuchen.

Eine raffinierte Schelbung wird in den Hirsch-D. Flugblatt auch mit den Äußerungen der Scharfmacher zu dem Streik auf „Note Erde“ vorgenommen. In einer Sitzung des Arbeitgeber-Verbandes vom 31. Okt. haben die Scharfmacher eine Entschlebung angenommen worin es heißt:

„Wie berechtigt das unentwegte Verharren der Werkleitung auf ihrem Standpunkt vom 2. August war, geht am besten aus den nunmehr vorliegenden Erklärungen der Arbeitersekretäre hervor, die zeigen, daß unter Täuschung der Arbeiter der Ausstand lediglich zum Zweck der Werbung neuer Mitglieder für die Gewerkschaften in Szene gesetzt wurde.“

Daraus wollen die Hirsch-Duncker'schen Jongleure einen „Verrat der Christlichen“ konstruieren. Sie vergessen, daß keiner den Scharmachern mehr Waffen in die Hände geliefert hat, wie die Hirsch-Duncker'schen Führer Hartmann usw. Viel eher wie auf die angeblichen Äußerungen Klost's werden sich die Scharfmacher auf die genialen Streiche eines Hartmann gestützt haben, der in öffentlicher Verlammlung sagte:

„Ich gebe zu, daß ich in den Versammlungen vor dem Streik gesagt habe: Leute, seid doch nicht so ängstlich, höchstens drei Tage dauert der Streik, dann muß die Hölle nachgeben. Daß es schmerzhaft ist, auf solchen großen Werken zu streiken, wußte ich, aber ich durfte den Arbeitern nicht die Wahrheit sagen, sonst wären sie nicht in den Streik eingetreten.“

Der selbe Hartmann sagte schon beim Beginn des Kampfes:

„Länger wie 14 Tage streiken wir nicht, weil wir die wirtschaftlich Schwächern sind.“

Dadurch mußte natürlich der schroff ablehnende Standpunkt der Hüttenleitung geradezu herausgefordert werden.

Das war Stoff für die Scharfmacher, das war Verrat an den Arbeiterinteressen. In ihrer trostlosen Situation müssen die H.-D. jetzt Fälschungen auf Fälschungen begeben, zu Lügen und Verleumdungen greifen, um den betriebenen Arbeiterverrat von sich auf andere abzuwälzen. Dem Urteil der Arbeiter und der ganzen Öffentlichkeit können wir die Verantwortung der Frage überlassen, wo der wirkliche „Judas Ischariot“ zu finden ist.

Soziale und gewerkschaftliche Mundschau.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Die Siebenerkommission hielt am 9. November in Verbindung mit den Vorständen der Bergarbeiterorganisationen eine Sitzung ab, um zur Situation Stellung zu nehmen.

Es wurde ein Beschluß gefaßt, wonach die Entscheidung über die weitere Lohnbewegung, den für den 21. November einzuberufenden Revierkonferenzen aller größeren Reviere überlassen wird. Die Organisationen sollen ihre Zahlstellen verpflichten, schleunigst eine Statistik der vom 1. Juli 1906 bis 31. Dezember 1906 wirklich verdienten Löhne aufzustellen, die den Vorständen bis Mitte Januar vorzulegen ist. Wegen des ablehnenden Bescheides des Oberbergamtes Dortmund in der Sperrfrage und um gegen das Ueberschichtenwesen vorgehen zu können, soll eine Eingabe an den Reichstag durch die Vorstände gemacht und reichsgesetzliches Eingreifen verlangt werden. Wegen der Lebensmittelsteuerung soll an den Reichstag und die Reichsregierung eine Eingabe beschlossen werden dahingehend, daß Reichsregierung und Reichstag, schleunigst Mittel und Wege suchen möchten, um eine Verbilligung der Lebensmittelpreise, besonders der Fleischpreise, herbeizuführen.

Es ist im Interesse der Bergleute wie der Allgemeinheit dringend zu wünschen, daß die Grubenbesitzer in der Lohnfrage Entgegenkommen zeigen, denn ein ernster Lohnkampf im Bergbau in der gegenwärtigen Hochkonjunktur würde unabsehbare Verheerungen des Wirtschaftslebens im Gefolge haben.

Konfessionelle Verhezung

treiben nicht allein die Sozialdemokraten, um den christlichen Gewerkschaften Schaden zuzufügen, sondern auch die Fanatiker im Hirsch-Duncker'schen Lager sind schon auf diese niedrige Kampfweise verfallen. Der Regulator, Organ des Hirsch-Duncker'schen Metallarbeiterverbandes bringt in seiner Nr. 44 einen diesbezüglichen Beitrag, worin er sich eine blöde Beschimpfung der katholischen Arbeiter leistet, um unter den evangelischen Arbeitern desto besser im Trüben fischen zu können. In Spremberg hat der evangelische Küster in einem Vortrag die christlichen Gewerkschaften empfohlen. Darob ist der „religiös neutrale“ Regulator in eine bedenkliche Wut geraten. Er donnert und heht:

„Dieser evangelische Küster möge einmal darüber nachdenken, wie die römische Kirche die evangelische Kirche als Hezerei bezeichnet, dann kann er es sich an seinen 10 Fingern abrechnen, welchen Eindruck es bei seinen evangelischen Zuhörern machen mußte, als er so warm für den Vorspann des Zentrums (d. römischen Kirche) die christlichen Gewerkschaften eintrat. Wie heißt es doch: „Nur die allergößten Käiber, wählen ihre Metzger selber.“

Also mag der evangelische Herr Küster ruhig die „christlichen“ Zentrums-Gewerkschaften wählen, die evangelischen Arbeiter gehen zu den Gewerkschaften, wo sie nicht Hezer genannt werden, sondern wo auch ihre Religion geachtet wird.“

Einen solchen vernunftwidrigen Bödsinn kann auch nur ein H.-D. Geistesheld von sich geben. Den beabsichtigten Zweck, die evangelischen Kollegen gegen die katholischen Mitarbeiter aufzuheizen und scharf zu machen, werden die traurigen Helden mit solchen plumpen Manövern nicht erreichen, eher das Gegenteil. Diese hezerische Anrempelung ist jedoch wieder ein neuer drastischer Beweis dafür, daß die H.-D. in ihrem Innern ebenso religionsfeindlich sind wie ihre Brüder aus dem roten Lager. Der Redakteur des Regulator, das Generalratsmitglied Gleichauf, ist vor nicht langer Zeit im Rheinland herumgereist, um die religiöse Neutralität der H.-Duncker'schen Gewerkschaften in allen Tonarten anzupreisen. Jetzt aber bringt er in seinem Organ solche religiös verheerende Artikel. Wie reimt sich das zusammen?

Die evangelischen Kollegen werden sich auch von dieser Heze nicht beeinflussen lassen, sondern mit ihren katholischen Arbeitsbrüdern Hand in Hand in den christlichen Gewerkschaften an der Verbesserung ihrer Lage zusammenarbeiten. Das ist die beste Antwort auf alle raffinierten Hezereien, mögen sie nun von den religionsfeindlichen sozialdemokratischen oder Hirsch-Duncker'schen Fanatikern ausgehen.

Die Wirkungen der Aktion

zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen machen sich besonders auch im Lager der evangelischen Arbeitervereine bemerkbar. In Essen tagte am Sonntag eine aus 62 Orten Rheinlands und Westfalens

besuchte Konferenz evangelischer Arbeitervereine. In aufklärenden Referaten der Kollegen Behrens, Rastenberg und Hartwig und einer regen Aussprache, in der sich alle Redner mit Wärme und Nachdruck für den Anschluß der evangelischen Arbeiter an die christlichen Gewerkschaften aussprachen, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 4. November im evangelischen Vereinshaus in Essen von 380 Personen besuchte Konferenz der evangelischen Arbeitervereinsvertreter und evangelischen Mitglieder der Zahlstellen Christlicher Gewerkschaften Rheinlands und Westfalens beschließt: In Erwägung, daß es eine christliche Pflicht jedes Arbeiters ist, sich gewerkschaftlich zur Vertretung seiner Wirtschaftsinteressen zu organisieren und daß eine Zurückhaltung von dieser Pflicht einer Schädigung der gesamten Arbeiterinteressen gleichkomme, in Erwägung, daß die Delegiertentage der evangelischen Arbeitervereine diese Notwendigkeit nochmals anerkannt haben, und daß von allen bestehenden Gewerkschaftsrichtungen prinzipiell nur die auf christlich-nationaler Grundlage beruhenden christlichen Gewerkschaften ernstlich in Frage kommen können, hält die Konferenz eine planmäßige Propaganda für die christlichen Gewerkschaften als zu den vornehmsten Aufgaben der konfessionellen Arbeitervereine gehörend. Jedes Zögern, jede Halbheit ist von Uebel, schädigt sowohl die Geschlossenheit der evangelischen Arbeiterschaft als auch der großen nationalen Arbeiterbewegung. Die Konferenz erkennt gern an, daß die christlichen Gewerkschaften seit ihrer guten Kameradschaft mit den konfessionellen Arbeitervereinen hielten und ihre Mitglieder auf die evangelischen und katholischen Arbeiter- und Knappenvereine hinwiesen. Die Konferenz begrüßt die von den Zentralleitungen der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine eingeleitete gegenseitige Aktion und ersucht alle evangelischen Arbeitervereine, die Aktion in weitgehendster Weise zu fördern und zu unterstützen. Die Vertreter der anwesenden Vereine sprechen die Erwartung aus, daß die sozialen Ausbildungskurse sowohl für den Bereich des Gesamtverbandes, wie kleine für die Provinzial- und Kreisverbände auch in Zukunft beibehalten und Mittel und Wege geschaffen werden, um die Kosten derselben aufzubringen.“

Nun vom Wort zur Tat. Das ist die richtige Antwort auf alle Verhezungsvorwürfe, wie sie von sozialdemokratischer und in letzter Zeit auch von Hirsch-Duncker'scher Seite in frivoler Weise betrieben werden.

Öffentlich gerichtet

ist der geistige Führer der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen, Anton Erkelenz in Düsseldorf. Das Bekanntwerden des von ihm herausgegebenen Taktik-Zirkulars, worin die Hinterlist und Unehrenhaftigkeit beim wirtschaftlichen Kampf auf dem Schild gehoben wird, hat diesem an überspanntem Größenwahn leidenden Manne den Rest gegeben. In den Augen aller ehrlichen Menschen ist er gerichtet.

Das fühlt man auch im H.-D. Lager. Die Generalräte möchten den entlarvten Strategen allzugeru abschütteln, sie tun wenigstens so. Doch Anton Erkelenz ist ein hart gesottener Sünder, er klebt wie Pech und läßt sich so leicht nicht abfagen. Scharfe Töne schlägt das Zentralorgan der H.-D. Gewerkschaften, „Der Gewerksverein“ gegen den genialen Taktiker an. Die raffinierten Vorschläge des Oberhirsch'schen Erkelenz werden von diesem Organ als „Spitzhubentaktik“, als „Unehrlichkeit“, als „teuflische Taktik“, als „Taktik der Hinterlist und Unehrlichkeit“ gekennzeichnet.

„Für die Sache der deutschen Gewerkschaften ist Erkelenz abgetan! Wer versuchen wollte, ihn zu halten, würde sich zum Mitschuldigen machen.“

schreibt das H.-D. Zentralorgan. Der Mitschuldigen werden im H.-D. Lager ungezählte sein. Erkelenz ist nicht abgetan und wird so leicht nicht abzutun sein. Die H.-D. in Rheinland und Westfalen brauchen solche Strategen, haben die Taktik der „Hinterlist und Unehrlichkeit“, wie sie Erkelenz betreibt, sehr notwendig. Da helfen alle noch so energiegelassen Abschüttelungsversuche der Generalräte nichts. Die Schüler Anton's, Hartmann, Gieseler und noch unge-

„Ihlt andere denken und handeln ebenso wie ihr „großer Meister.“

Nach wie vor wird Anton Erkelenz der geistige Führer der S.-D. der Hauptmacher im rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverband sein. In der „Westdeutschen Arbeiterpost“, deren „Chefredakteur“ er ist, wird er weitere Erziehungsarbeit leisten, den Arbeitern die „fundamentalen Grundsätze“, der S.-D. Gewerksvereine und ihre „Taktik“ als alleinigmachend anpreisen.

Dabei fühlt er sich sogar recht wohl und sicher, das Grollen der Berliner Generale sieht ihn wenig an, er kennt seine Pappenheimer. „Ich bin allein auf weiter Flur,“ schreibt er recht höhnisch in Nr. 24 der „Arbeiterpost“ und fügt mit der ihm eigenen Eitelkeit und Ueberhebung hinzu: „Wir (Erkelenz) tragen die Verantwortung allein und die Last wird uns leicht.“ Ferner: „als wir mit dem größten Vergnügen und dem ruhigsten Gewissen die Verantwortung für die Taktik, die wir empfahlen, allein tragen. Wir (Erkelenz) lesen inzwischen Treitschkes: „Deutsche Geschichte.“ Mit dem größten Selbstbewußtsein versichert Erkelenz auch, daß die S.-D. Führer nicht so naiv wären, sich gegen ihn aufheben zu lassen. Er kennt seine Leute, er weiß, daß die von ihm empfohlene Taktik der „Hinterlist und Unehrlichkeit“ schon S.-D. Taktik war, ehe er die Dummheit beging, dieselbe schwarz auf weiß niederzuschreiben und in einem Zirkular hinauszugeben. Vor der Öffentlichkeit, in den Augen aller ehrlichen Menschen aber ist Anton Erkelenz gerichtet. Mit ihm sein Blatt und alle, die hinter ihm stehen.

Wie ein blutrünstiger Hintertreppen-Roman

liest sich ein Sensationsleitartikel über die „Schlacht im Krystallpalast“ in Nr. 24 der S.-D. „Westdeutschen Arbeiterpost“ des Herrn Anton Erkelenz-Düsseldorf. Derselben Erkelenz, von dem wir in vorstehendem Notiz „Deffentlich gerichtet“ eine nackte Zeichnung gegeben haben.

Die „Westd. Arbeiterpost“, die, wie man munteln hört, in den letzten Zügen liegen soll, versucht noch vor ihrem letzten Atemzuge dem verhassten christlichen Metallarbeiterverband ihren ganzen aufgespeicherten Vorrat von Gift und Unrat ins Gesicht zu schleudern. In seiner wahnsinnigen Wut verbricht das Blatt nun einen derart schauerhaften Tendenz-Artikel, daß es in den Augen aller vernünftigen Menschen nur dem Gespött und der Lächerlichkeit verfallen ist. Sentimentale Naturen werden vielleicht noch Mitleid empfinden und den Verfasser des Artikels sowie den Redakteur des Blattes, das ihn aufgenommen hat, als hochgradig überspannt, wenn nicht als ausgewachsen wahnsinnig bedauern.

Wir nehmen auch nicht Notiz von dem „Geistesprodukt“, um die darin aneinander gereihten Lügen zu widerlegen. Die Wahrheit über die Vorgänge in der Kölner Versammlung wissen unsere Leser aus der letzten Nummer des Organs, sowie aus unserm letzten Flugblatt. Darin ist nachgewiesen, durch Augenzugungen bestätigt, daß die bedauerlichen Ereignisse nur durch das provozierende Verhalten der S.-D. Führer veranlaßt und die Tälichkeiten selbst von S.-D. Seite angefangen wurden.

Wenn wir von dem verrückten Artikel des Hirschen-Blättchens Notiz nehmen, dann geschieht dies nur, um unsern Lesern einige Proben von der neuesten Leistung eines anscheinend wahnsinnigen Oberhirnen zu geben. Der Sensationsartikel beginnt wörtlich:

„Eine Tat, so ungeheuerlich und unglaublich, daß man fast erstarrt steht.“

Dann folgen Schlag auf Schlag folgende Geistesblitze:

„Verbrechen dächten ihnen Kleinigkeiten, über alle Strupel balanzieren sie hinweg, als gingen sie von Aachen bis M.-Glabach über Klaviere, ohne einen Ton hervorzubringen.“

„Ihre Kämpfer sind Dombies, ihre Waffen Stuhlbeine und Biergläser, ihre Ziele Leichname, über die dann die christliche Bewegung wegschreiten kann zum Siege, ihre Sehnsucht sind zertrümmerte Gläser, Stühle u.“

hohofaurter, Mammuts und ähnliches Geflügel ihre Brunstzeit abwartete.“

„Die Jünglinge, die doch noch nicht alle den Uebergang von den Fischen zu den Amphibien gemacht haben, trompeteten bei dieser Erinnerung aus dem Fischreich vor transzendenten Vergnügen den Lorgauec Marsch.“

„Und sie wußten aus: Der letzte Mohikaner, Der Goldsucher und ähnlichen Vogel'schen Mordgeschichten, wie Indianerfeste gefeiert werden. Schuschichtigen Auges blickte man nach den Skalps der Gewerksvereiner und zur Vorbereitung des Festes gingen die Löhne allmählich aus dem animalischen ins kanibalische über und wurden mehr zum Toluwabohu.“

„Das Indianerfest war fertig. Karl May war gerettet.“

Diesen blutigen Indianer-Tiraden brauchen wir wenig mehr beizufügen. Bei der Lektüre derselben muß man zu der Ansicht gelangen, daß der Oberhirsch, der sie verbrochen, mit den „Krochdilen, Schthohofauriern“ usw. seine „Brunstzeit“ abwartet oder aber hochgradig geisteskrank ist, so daß seine Verbringung in eine Nervenheilanstalt im Interesse der öffentlichen Sicherheit dringend geboten erscheint.

Aus dem Arbeitseldorado des Sauerlandes.

Immer mehr Ausländer, bald werden wohl noch Kulis kommen, dachten viele Arbeiter in Neheim, als dieser Tage eine Sendung junger Burschen aus der Sittauer Gegend, durch Agenten besorgt, bei einer hiesigen Fabrik eingestellt wurden. Diese Erscheinung gibt der ganzen Arbeiterschaft von Neheim doch gewiß Anlaß zum ernstlichen Nachdenken. Als vor Jahren eine Firma auswärtige Mädchen zum erstenmal in hiesige Fabriken einstellte, da wurde seitens der gesamten Einwohnerschaft auf die Fabrikhaber sowohl wie auf die Arbeiterinnen verächtlich herabgesehen. Und heute ist die Frauenarbeit in den meisten Fabriken eingebürgert. Heute sind an vielen Arbeitsplätzen, wo früher Familienväter ihr gutes Auskommen hatten, Frauen gestellt und die Männer besorgen Plazarbeit mit niedrigen Löhnen. Dadurch werden die übrigen Familienangehörigen zur gewerblichen Mitarbeit in Hausindustrie, ob sie wollen oder nicht, wegen Existenzmangel genötigt und so wird wesentlich der allgemeine Verdienst geschmälert.

Die ganze Arbeiterbevölkerung wird in ihrer Lage heruntergedrückt. Die fortwährende Steigerung der Armenlasten wird wohl gewiß darin ihre Erklärung finden. Die Lage der Arbeiterinnen war anfangs gut zu nennen. Doch jetzt: Vielfach sind es nur die schönen, lieben, braven Mädchen, die einen guten Lohn verdienen. Die große Mehrzahl wird geradezu erbärmlich entlohnt. — So wie da den Mädchen, wird es zweifellos auch den jetzt zugeführten jungen Burschen ergehen, wenn dieselben mal längere Zeit hier gearbeitet haben. Es soll denen jetzt 2 bis 2,50 Mk. täglicher Lohn gezahlt werden, indes hunderte hiesige Arbeiter für dieselbe Beschäftigung mit 0,80 bis 1,70 Mk. entlohnt wurden. Wenn mal der Arbeiter um höheren Lohn einlam, so wurde er barsch abgetan: „Wir können mehr nicht geben; Vogel friß oder stirb.“ Jetzt sieht ein Jeder, daß die Fabrikanten wohl mehr Lohn geben können, wenn sie nur wollen.

Ja, es ist tief bedauerlich, daß bei einer an sich intelligenten Arbeiterschaft noch verheiratete Männer, welche doch gewiß sich bestrengen, alles herauszuschustern, sich mit 1,60 Mk. täglichen Verdienst grollend begnügen. Solche Leute könnten wahrlich nicht mehr leben, wenn ihre Eltern ihnen nicht ein kleines Eigentum hinterlassen hätten.

Was soll aus der Nachkommenschaft solcher tief gekrankten Arbeiter werden und was ist die Rehrseite der Medaille? Die Inhaber der Fabriken wollen möglichst hohe Gewinne herauswirtschaften. Dann aber ziehen diese nach guten Geschäftsjahren aus unsern Bergen in schöne Städte hinaus? Viele frühere Arbeitgeber des Sauerlandes haben solches getan und noch heute leben sehr viele einen großen Teil des Jahres außerhalb. Warum dieses? Etwa aus Sparjamferrücksichten?

Arbeitskollegen, sollten solche Zustände nicht endlich auf der ganzen Munde auch den Dummsten die Augen öffnen, was seine Pflicht und Schuldigkeit ist? Die Erkenntnis von der Notwendigkeit, sowie von dem Nutzen der christl. Gewerkschaften hat jeder. Aber

die Verzweiflung an der eigenen Kraft hat euch niebergeschlagen, so sehr, daß die Mehrzahl sich schämt, mit organisierten Kollegen über die Verhältnisse zu sprechen, oder gar eine gewerkschaftliche Versammlung zu besuchen. Die organisierten Kollegen haben bessere Löhne errungen, leider kommen eigennützig Brüder genug, welche die Hyänen des wirtschaftlichen Kampfes spielen wollen. Hier ist es Pflicht aller Organisierten, ganz gleich aus welchem Betriebe, die Leute zum Nachdenken über die traurige Berräterei der Arbeiterinteressen zu bringen. Jeder kann und muß an seinem Plage wirken, zeigen, daß er seine Pflicht erkannt hat. Was den 50 Mitgliedern möglich gewesen, muß uns 100 um so leichter sein. Jeder unserer Mitglieder bearbeitet den noch fernstehenden Kollegen, unterrichte ihn über unsere Ziele und bringe einen nach dem andern in unsere Versammlungen. Dann werden wir auch nächstens nicht nur 25 000, sondern 250 000 Mk. der hiesigen Arbeiterschaft und jedem Mitgliede dadurch einen Vorteil errungen haben. Darum frisch auf, zur regen Mitarbeit im Kleinen sowie Großen! S.

Ein parlamentarischer Erfolg der englischen Gewerkschaften.

Schon lange tobt in England ein heftiger Streit darum, ob die Gewerkschaften für Streikschäden haftbar gemacht werden dürfen oder nicht. In dem vorerwähnten Taff-Bale-Fall war bekanntlich eine Arbeiterorganisation zum Schadenersatz an die Unternehmer verurteilt worden. Die organisierten Arbeiter und ihre Vertreter im Parlament haben nun alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diesen, die Gewerkschaften schwer bedrohenden Zustand durch ein neues Gesetz zu beseitigen. Im englischen Parlament ist ein diesbezügliches Gesetz jetzt angenommen worden, die Gewerkschaftsrichtigung hat einen vollständigen Sieg in dieser bedeutungsvollen Frage errungen.

Mit großer Mehrheit wurde das Gesetz angenommen, dessen wesentliche Bestimmungen mit Bezug auf gewerkschaftliche Lohnkämpfe folgendes besagen:

- 1. keine Handlung eines Gewerksvereins ist ungesetzlich, wenn sie als Handlung eines einzelnen es nicht ist;
- 2. friedliches Streikpostenstehen und gutartige Ueberrredung sind gesetzlich erlaubt;
- 3. Klagen gegen eine Gewerkschaft oder eines ihrer Mitglieder, um dadurch Schadenersatz zu erlangen für eine nach Behauptung des Klägers im Namen oder zum Nutzen der Gewerkschaft begangene Schädigung, sind nicht statthaft.

Das Gesetz hat das Oberhaus noch nicht passiert, es wird vielleicht noch heftige Debatten geben. Aber für die Beratungen im Oberhause ist es ein gutes Omen, daß im Unterhause ein konservativer Abgeordneter, allerdings im Gegensatz zur Mehrheit seiner Partei, Sir J. Powell, von aufrichtigem sozialem Geiste genährt, erklärte, die Gewerkschaftsführer verdienen die größte Hochachtung für ihr Verhalten; auf einen Streik der Gewerkschaften kämen hundert, die sie abzuwenden wüßten; es wäre geradezu eine Kalamität, wenn das neue Gesetz nicht zustande käme.

Die deutsche Arbeiterschaft kann nur den dringenden Wunsch hegen, daß bei der bevorstehenden Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsverbände die deutsche Staatsregierung und der deutsche Reichstag denselben fortschrittlichen Standpunkt einnehmen werden wie die gesetzgebenden Körperschaften in England.

Wählt ganze Männer in die Krankenkassen-Vorstände!

Bei den meisten Krankenkassen findet in Kürze die Neuwahl der Vorstandsmitglieder statt und da könnte es für sehr viele Orte von großer Bedeutung sein, wenn dieser Neuwahl von den Kassienmitgliedern mehr Beachtung geschenkt würde als seit her geschähen ist. Die von den Kassienmitgliedern gewählten Arbeitervertreter nehmen vollerechtigt an der Leitung und Verwaltung der Krankenkasse teil. Ihre Aufgabe zu wirken ist größer als die der Arbeitgeber, weil sie in größerer Anzahl im Vorstand Sitz und Stimme haben. Die Arbeitgeber können nie mehr als ein Drittel der Stimmen beanspruchen, andernfalls ist die Zusammensetzung ungesetzlich. Nun

ist es aber nicht nur Aufgabe der Arbeiterbeisitzer in den Krankenkassen, daß die Verwaltung gewissenhaft geführt und geordnet ist, sondern mehr noch haben sie dafür zu sorgen, daß die Kasse ihren Zweck erfüllt und der Arbeiterschaft zu Nutzen gereicht. Auch müssen sie enge Fühlung mit den Kassenmitgliedern halten, die Wünsche derselben oder Erfahrungen in den Sitzungen vorbringen und die Leistungsfähigkeit der Kasse weiter ausbauen. Dann sei noch erwähnt, daß die Krankenkassen-Vorstände gewöhnlich als die Arbeitervertreter angesehen werden und als solche sehr wirksam tätig sein können. Bei den Arbeitgebern oder deren Vertretern ist insofern schon etwas zu erreichen, da die Vorstände laufend gegenseitig zusammen verkehren und dadurch Vertrauen, Entgegenkommen empfinden wird.

Ferner werden durch die Arbeitervertreter in den Krankenkassen und aus ihren Reihen die Arbeitervertreter für die Unfall- und Invalidenversicherung, bis zu dem Reichsversicherungsamt hinauf gewählt. Diese wichtige Bedeutung und Aufgaben der Krankenkassen-Vorstände treibt uns christliche Arbeiter ganz besonders an, wirklich freie für die Arbeiterschaft eintretende Männer zu wählen. Dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, ebensolche als Beisitzer am Schiedsgericht, Reichsversicherungsamt usw. zu haben, zum Wohle der Arbeiterschaft.

Streiks und Lohnbewegungen.

Eine große Aussperrung der Werftarbeiter steht bevor. Wegen einiger Teilstreiks auf vieler Werften hat der Vorsitzende der Gruppe der deutschen Schiffswerften weitgehende Aussperrungen auf den deutschen Werften angekündigt. Am 24. November werden alle dem Arbeitgeberverbande Kiel angehörenden Firmen und mit diesen zugleich die Werften der Schleswig-Holsteinischen Gruppe ihre Betriebe derartig einschränken, daß nur die Hälfte der Arbeiter beschäftigt wird. Am 8. Dezember 1906 werden die übrigen deutschen Werften sich dieser Maßnahme anschließen. Die Germania-Werft hat bereits 2000 Arbeitern gekündigt.

Die Schwarzwälder Uhrenarbeiter stehen in einer Lohnbewegung.

Guskirchen. Bei der Firma Joseph Mahla, Augustwagenbauerei sind Differenzen ausgebrochen.

Wallau. Auf der Ludwigshütte Differenzen ausgebrochen, die Arbeiter stehen im Ausstand.

Köln. Bei Schlossermeister Schilling, Hochstadtstraße 27, Differenzen. Zureisende Geiellen werden in ihrem Interesse erucht, erst bei der Ortsverwaltung anzufragen.

Magdeburg. Streit bei Muntlos und Comp.

Vielefeld. Bewegung wegen Einführung des Neunstundentages.

Zugung ist fernzuhalten.

Der Streit auf dem Eisenwerk Kaiserslautern ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Novbr. der siebenundvierzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 18. November bis 25. November 1906 fällig.

Jedes Mitglied, das arbeitslos wird, hat sich sofort beim Vorsitzenden oder Kassierer der Ortsgruppe zu melden, auch wer nicht unterstützungsberechtigt ist.

Da in einigen Ortsgruppen die Meinung zu herrschen scheint, daß eine Verpflichtung zur Zahlung der Delegiertensteuer nicht mehr besteht, bringen wir hiermit allen Kollegen den Absatz 4 des Paragraph 6 des Verbandsstatuts in Erinnerung, welcher lautet: Ferner hat jedes Mitglied pro ein Viertel Jahr 10 Pfennig Delegiertensteuer zu entrichten, wovon die Kosten der Generalversammlung bestritten werden.

Die Genehmigung zur Erhebung von Lokalbeiträgen erhalten hiermit folgende Ortsgruppen: Köln-Lindenthal und Ludwigshafen am Rhein von 10 Pfennig pro Woche.

Ausgeschlossen aus dem Verbandsgebiet wird das Mitglied Sch. Zubutowski, Buch Nr. 56252

Aus dem Verbandsgebiet.

Ein ernstes Wort an die Metallarbeiter zu Bredelar.

Wir zahlen viel zu hohe Löhne, sagte kürzlich, wie uns mitgeteilt ist, der Leiter von der Theodorhütte, Eisengießerei zu Bredelar. Was sagen dazu die Arbeiter dieses Betriebes? Sind die Zustände so rosig, daß wieder ein Abzug der Lohnsätze stattfinden könnte? Nein, werden alle sagen, solches ist nicht der Fall; haben wir doch kaum den früheren Preis erkämpft. Das wohl, aber die Leitung weiß und sieht, daß die Kollegen auf ihren Vorbeeren ausruhen wollen. Sie besuchen keine Versammlungen mehr, oder sind gar der Zusammengehörigkeit müde. Müchten vielleicht der Eine den Andern anschwärzen, anstatt wahre Solidarität zu üben.

Kollegen der Theodorhütte, wollt ihr Verräter eurer eigenen Haut werden; oder würde es nicht besser sein, geschlossen dem christl.-soz. Metallarbeiter-Verband anzugehören und dessen Anleitungen welche nur zu unseren Besten sind, zu folgen? Arbeiter der Eisengießerei, wir haben kürzlich in dem Vortrage, welchen uns Kollege Kriescheuer aus Neheim hielt, gehört, daß alle Menschen, gleich welchen Standes er ist, auf einander angewiesen sind. Ganz bestimmt sind auch wir zusammen einig stark, einzeln aber schwach. Würde letzteres bei uns zutreffen, wer weiß, wie bald ein Lohnabzug oder dergl. eintreten wird.

Das muß anders werden, sonst brauchen wir uns über nichts zu wundern. Glauben wir vor allem nicht, daß, wenn die Leitung uns uneinig weiß, wir ein Spielball in ihren Händen sind, noch länger den jetzigen Lohn gibt. Wir sind noch lange nicht feil heraus; auch fehlt das solidarische Vertrauen; die Kollegen vertrauen sich nicht gegenseitig auszusprechen weil sie bange sind, belächelt zu werden. Solche Leute sind keine christlichen Menschen, welche glauben, in einmal wöchentliches Kirchengehen bestände das Christentum.

Nein, Kollegen, dieses bezeugt sich auch im öffentlichen Leben. Daher aufgerafft zur christl. Nächstenliebe, ohne welche keine Gottesliebe vorhanden ist. Das Leben erfordert den Kampf ums Dasein, in welchen Einer für alle und Alle für einen eintreten müssen zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

Ohne Furcht und Scheu zur Mitarbeit auf Neu! damit der christl. Metallarbeiterverband mehr und mehr Mitglieder in den sauerländischen Bergen gewinnt!

Hamm. (Hirsch-Dunckerische Arbeiterinteressen-Vereinerung.)

In Nr. 41 unseres Verbandes beschäftigten wir uns in einem mit K. unterzeichneten Artikel mit den „Leistungen“ der Hirsch-Dunckerianer in Hamm.

Dieser Artikel hat den H.-D. Agitationsbeamten Braun in nicht gelinde Aufregung gebracht, wie ein Artikel in Nr. 43 des „Regulator“ beweist. Die Tendenz dieser Ausführungen, die sich in Schimpfen und Verdrehen ergeben, zwingt uns nochmals, auf die Angelegenheit einzugehen. Ein altes Sprichwort sagt: „Wer schimpft hat unrecht.“ Herr Braun soll seinen Rang hierin unstreitig behalten, wir wollen nur Tatsachen ansühren.

Dem Herrn Braun sei ins Stammbuch geschrieben, daß bei der letzten Bewegung, in der ersten Ausschussitzung, zu der auch unser Verband geladen war, von einem einfachen Nichtmitmachen unsererseits gar keine Rede gewesen ist. Auch ist es nicht wahr, was Herr Braun schreibt, auf unser Verlangen den Artikel im Regulator vom 13. Juli richtig zu stellen, sei uns geantwortet worden: „Widersteht erst den Artikel in der Nummer des christl. Metallarbeiterverbandes vom 2. Juli, dann würden sie es sich überlegen, ob der Artikel im Regulator geändert werden kann. Hieron war an jenem Abend überhaupt keine Rede, welches auch durch Mitglieder der H.-D. Gewerkschaften, die in der Sitzung anwesend waren, unter Zeugen bestätigt wurde. Auf Verlangen des Vorsitzenden unserer Ortsgruppe, den im Regu-

lator vom 13. Juli 1906 unter Hamm stehenden Artikel, in welchem uns vorgeworfen wurde, die Haltung der Christlichen sei bei der letzten Bewegung eine unehrliche gewesen, richtig zu stellen, eher könnten wir auf keinen Fall mitmachen, wurde uns vom 1. Vorsitzenden, Herrn Tegeler, des H.-D. Gewerksvereins gesagt: „Er habe (Tegeler) schon bereits betreffs des Artikels mit ihren Agitationsleiter Braun darüber gesprochen.“ Braun habe erklärt: „Er (Braun) habe den Artikel nicht so, wie er im Regulator stände, eingeschickt, der Generalrat habe was dabei gemacht usw.“ Es wurde uns versprochen, den Artikel richtig zu stellen.

Ist dies vielleicht eine Lüge, Herr Braun??? Nun schreibt Herr Braun weiter: Nachdem die Christlichen ein gemeinsames Vorgehen abgelehnt hatten, nahm der Gewerksverein die Regelung der Drahtfrage selbst in die Hand und zwar mit gutem Erfolg. Wer lacht da? Eine Niederlage in einen guten Erfolge umzuwandeln, daß kann bis zum heutigen Tage nur der Agitationsbeamte Herr Aug. Braun-Lortmund, denn selbst H.-D. Mitglieder haben noch niemals so mit dem Kopf geschüttelt und gelacht, als wie sie den Artikel im Regulator lasen. Die Mitglieder der H.-D. Gewerksvereine erklärten doch selbst, die Bewegung wäre nur ein Schlag ins Wasser gewesen, weiter nichts.

Ferner schreibt Herr Braun: Die Christlichen hätten gesagt: Laßt die H.-D. nur streifen, dann besetzen wir (die Christlichen sind gemeint) deren Stellen mit Lehrlingen. Wenn Herr Braun solches schreibt, ohne auch nur den geringsten Beweis dafür erbracht zu haben, so ist das eine grobe Unwahrheit.

Des weiteren wirft er uns vor, wir hätten der Diktation mitgeteilt, daß wir nicht mitmachen. Herr Braun, der Wahrheit die Ehre! Unser Vorsitzender Jos. Krings wurde vom Meister angehalten, ob wir die Bewegung mitmachen. Unser Vorsitzender gab die Erklärung ab, da wissen wir nichts von. Da sagte der Meister, es ist durch die Kommission ein Schriftstück eingereicht mit der Unterschrift: „Im Namen sämtlicher Arbeiter.“ Da seit ihr doch auch bei. — Also im Namen sämtlicher Arbeiter, Herr Braun? Wer gab Ihnen das Recht hierzu? Dieses Kunststück erinnert stark an die Drahtzieher-Bewegung von Berleke.

Eins gibt Herr Braun zu, daß Arbeiter vorhanden sind, die nicht zufrieden sind mit dem durchschnittlichen Lohn, die nicht wissen Maß zu halten. Er gibt zu, daß immer einzelne darunter sind, welche nicht Maß zu halten verstehen. Nun hat doch der Schriftführer Herr Baumjohann, H.-D. Mitglied, die Parole ausgegeben: Von jetzt an solle feste draußlos gewählt werden, damit es diesen Winter zum Abzug komme; dann wollen wir den Christlichen schon zeigen, was sie sollen, wir haben dann das versäumte nach.

Sonach muß unser Artikel im vollen Umfange aufrecht erhalten werden, denn Herr Braun es ist:

1. Tatsache, daß in der Ausschussitzung ihr Vorsitzender Tegeler sagte, er wolle sorgen, daß der Artikel in Nr. 28 vom 13. Juli richtig gestellt werde und daß der Artikel nicht so eingeschickt sei, wie er veröffentlicht ist;

2. Tatsache, daß nicht allein die christl. Arbeiter, sondern auch ein großer Teil der H.-D. die Bewegung nicht mitgemacht haben. Ist das auch eine Verdrehung Herr Braun?

3. Tatsache, daß die von den Hirschen inszenierte Bewegung ohne auch nur den geringsten Erfolg verlaufen ist. — Ist das eine Lüge, Herr Braun?

4. Tatsache, daß von Vorstandsmitgliedern die Parole ausgegeben wurde: von jetzt ab solle feste draußlos gearbeitet werden, damit es diesen Winter zum Abzuge kommt;

5. Tatsache, daß 14 Tage lang Tag vor Tag auf Nr. 3, 7 durchschnittlich 800 bis 1000 Kilo pro Tag mehr von den H.-D. Wählern gemacht worden ist, durchschnittliche Produktion betrug bisher 3500 Kilo (pro 100 Kilo 18 Pfg.), bei Nr. 30 gleich 3mm 400—500 Kilo mehr, bisherige Produktion 2000 bis 2200 Kilo pro Tag, pro 100 Kilo 32 Pfg. Ist das eine bodenlose gemeine Lüge von K., Herr Braun?

6. Tatsache, wie der Obermeister sagte, daß unter der Eingabe der Forderung stand: Im Namen sämtlicher Arbeiter;

7. Tatsache, daß Mitglieder der H.-D. uns gegenüber erklärt haben, daß sie mit der Schreibweise des Herrn Braun nicht einverstanden sind. — Ist das auch eine Lüge, Herr Braun?

